

# Der Gefellschafter

Amis- und Anzeigebblatt für den Oberamtsbezirk Nagold  
Nagolder Tagblatt

Gegründet 1820

Samstagsheft 20

Bestellstelle Zeitung im Oberamtsbezirk. - Nagolden sind dabei von bestem Erfolg.

Es wird kein Geld für den Anzeigenteil, sondern nur für den Anzeigenteil, der in der Zeitung erscheint. Die Anzeigen werden in der Zeitung veröffentlicht und sind von bestem Erfolg.

Telegraphen-Verkehr: Gesellschaft Nagold, Postfach 5113, Stuttgart 5113.

Nr. 135

Montag den 14. Juni 1920

94. Jahrgang

## Der Uebergang der württ. Post an das Reich.

Stuttgart, 12. Juni. In allerhöchster Zeit werden in Berlin die Verhandlungen über die Einreichung der württ. Postbeamten in die Reichsbefoldungsordnung stattfinden. Damit ist dann der Uebergang der württ. Postverwaltung an das Deutsche Reich vollzogen, nachdem vor kurzem die Uebernahme in Stuttgart erfolgt ist. In feierlichem Amtesakt hat hier am 14. Mai der Präsident der leitenden Generaldirektion der Posten u. Telegraphen, von Wegner, die Zeitung und die Anlagen der württ. Post an den Vertreter des Reichspostministers, den Staatssekretär Tende, der mit einem Stab von Beamten eingetroffen war, übergeben. Durch Preisgabe seines Postreferats hat Württemberg dem Reich ein wertvolles Opfer gebracht. Nahezu 70 Jahre sind verfloßen, seit die ehemalige Reichspost unter dem Fürsten von Thurn und Taxis endgültig der Hoheit des württ. Staats weichen mußte. Der württ. Postverwaltung ist es seitdem gelungen, das Postwesen auf eine so hohe Stufe der Vollkommenheit zu bringen, daß die Bevölkerung ihr unbedingtes Vertrauen entgegenbrachte. Sie hat der Verbilligung des Oberamts- und Nachbarortsverkehrs, die sich auch auf den Zeitungsbezug erstreckt, immer besondere Aufmerksamkeit zugewendet und sie ist auf diesem Gebiet weitergegangen als die übrigen deutschen Postverwaltungen. Unsere Landposteinrichtung, die alle größeren Orte des Landes täglich zweimal bedienen konnte, ist geradezu vorbildlich gewesen. Ein Sammlungsgebäude für die von den Landpostboten übergebenen Briefsendungen, Postanweisungen und Pakete wurden nicht erhoben, ebensowenig Bestelgebühren irgend welcher Art, abgesehen von den Ein- und Zeitungsbefestgebühren. Auch die beliebten Postanweisungsschläge, die kostenfreie Beförderung eines Briefes gleichzeitig mit der Selbstübermittlung gestatteten, sah man ungenutzt verschwinden. Auch im Telegraphenwesen hat Württemberg eigenartige Einrichtungen: die Telegraphenwerkstätte, die ihre Tätigkeit auch auf das Gebiet des Eisenbahnsignalsystems erstreckt, u. bei der Einrichtung privater Telegraphenanlagen mitwirkte. Im Fernsprechwesen hat eine weitgehende Baupolitik - es sind nun nahezu alle geschlossenen Wohngebiete und überdies viele Einzelgehöfte an das Fernsprechnetz des Landes angeschlossen - erreicht, daß Württemberg von keinem anderen deutschen Gebiet mit gleicher Vollständigkeit übertriften wurde. Nebenher ging eine entgegenkommene Tarifpolitik, die besonders den Nachbarortsverkehr berücksichtigte, die Bildung kleinerer Ortsnetze mit wenigen Teilnehmern ermöglichte und der schwäbischen Bewusstheit durch Freiführung der Gesprächsdauer auf 5 Min. (statt 3) entgegenkam. Durch die eigene Postverwaltung hatte das württ. Volk folgende finanzielle Vorteile: durch billigere Tarife für Briefe und Pakete, durch die Orts- und Nachbarortsverkehr, weite Ausdehnung des Oberamts- und Nachbarortsverkehrs, Nichterheben von Bestelgeld und von Einmüllungsgebühren, kostenfreie Beförderung von Briefen in Postanweisungsschlägen 2400000 M., durch billigere Telegraphen- u. Fernsprechgebühren 1013000 M., Personen- und Reisegebühren 200000 M., billigere Gebühren für Zeitungen, Zeitungsbestellgeld und Schülerzuschüsse 88000 M. zusammen 3762000 M. Die Mindereinnahmen der württ. Post gegenüber der Reichspost durch ihre Tarifvergünstigung haben in den letzten 15 Jahren nahezu 49 Millionen M. oder durchschnittlich jährlich 3,4 Millionen M. betragen. Auf dem Gebiet des Kraftverkehrs steht Württemberg an vorderster Stelle im Reich. Oktober 1909 wurden die ersten 3 staatlichen Linien eröffnet. Der damalige Leiter der Post ging allerdings nur zögernd und vielfach geschoben vor. Von 1912 ab wurde jedoch ein energischer Schritt nach vorwärts gemacht und vor Kriegsausbruch waren 37 Linien mit 70 Fahrzeugen und 596 km Streckenlänge vorhanden, die jährlich über 350000 Personen beförderten konnten. Nach dem Krieg ist es trotz aller Schwierigkeiten gelungen, den Kraftwagenverkehr wieder in Gang zu bringen. Seit 1. Juni d. J. sind 36 Linien mit 588 km Streckenlänge im Betrieb. Die Kraftfahrzeuge werden, ob sie ihren Weg auf dem Boden oder durch die Luft nehmen - auch auf diesem Gebiet sind schon Ansätze vorhanden (Luftschiff Bodensee) - wertvolle Ergänzungen der neuzeitlichen Verkehrsmittel bilden und eine Postkarte um die andere verdrängen, obwohl das Pferdewerkzeug immer noch einen ansehnlichen Teil der Postbeförderung zu besorgen hat. Beim Uebergang zur Reichspost stehen im Dienst der Postverwaltung 921 Fahrzeuge mit 866 Pferden. Das die Betriebsergebnisse der Post anlangt, so konnte bis 1881 die Postverwaltung selten mehr als 500000 Mark abliefern. Seit der Vereinigung von Post- und Telegraphenverwaltung ist es gelungen, bis zum Jahr 1900 durchschnittlich 1 1/2 Millionen Betriebsüberschüsse an die Staatshauptkasse abzuführen, die aber als Ausgleichsbetrag wieder größtenteils ans Reich abgeliefert werden mußten. In 15jährigem Zeitraum haben 13 Jahre, darunter 3 Kriegsjahre 98 1/2 Mill. Mark Erträge ergeben; erst die letzten zwei Jahre haben Abmängel ergeben: 1917 noch

884439 M., dagegen 1918 schon 21 285 187 M. Das wertvollste, was Württemberg dem Reich übergibt, sind seine Landesländer, die Postbeamten. Mögen sie mit ihren übrigen Amtsgenossen im Reich die deutsche Postverwaltung erneut in die Höhe führen.

## Die deutsche Demokratie.

Dem „Schw. Merkur“ entnehmen wir: Man kann es schon gar nicht anders nennen, als einen Zusammenbruch, wie ihn die deutsche Parteigeschichte überhaupt noch nie gesehen hat. Selbst die Niederlage der Sozialdemokratie nach ihrem Dresdner „Jungbrunnen“ war nicht so tiefgreifend wie die Katastrophe, der die Deutsche Demokratische Partei zum Opfer gefallen ist. Das ist ein Schlag, von dem sie sich nicht so leicht wieder erholt. Ein großer Teil ihrer Führer ist auf der Strecke geblieben, nicht einmal ihre Spitzenkandidaten hat sie alle durchzubringen vermocht, der Reichsminister Koch hat gerade eben noch sein Mandat gerettet. In einem solchen Fall sind natürlich nachher Kritiken billig wie die Brombeeren. Dr. Theodor Wolff hat es denn auch nicht allzu schwer, im „Berliner Tageblatt“ durch drei Spalten hindurch auseinander zu setzen, weshalb das alles so kommen mußte. Natürlich - er hat das immer gesagt, er ist gegen diese Politik gewesen, aber als guter Demokrat hat er geschwiegen usw. Ob das nicht vielleicht doch nur etwas Bergeheit ist, um das eigene schlechte Gewissen zu überdauern? Denn wenn man wirklich einmal den Gründen nachgeht, weshalb die Demokratische Partei nach ihrem glänzenden Aufstieg vom Januar 1919 in nicht einmal anderthalb Jahren so aufs Haupt geschlagen werden konnte, dann darf man schon sagen, daß sie geirrt hat an ihrer journalistischen Vertretung von der Spielart, wie sie im „Berliner Tageblatt“ und in der „Frankfurter Zeitung“ ihren sichtbarsten Ausdruck erhalten.

Die Demokratische Partei war, als sie gegründet wurde, für Hunderttausende eine Hoffnung. Sie glaubten in ihr das gefunden zu haben, was die Nationalliberals Partei nach 1870 gewesen war - den veränderten Umständen angepaßt - eine Partei der inneren Reichsgründung, die den Ausgleich der Gegenwart und der Vergangenheit suchen sollte. Und ihn vielleicht auch gefunden hätte, wenn sie ihre Wege von Anfang an vorichtig gewählt, wenn sie eine Zusammenfassung des gesamten liberalen Bürgertums geworden wäre, das nun einmal stets einer der Träger einer gesunden Staatsordnung sein muß. Gerade durch die Tätigkeit derer, um die das „Berliner Tageblatt“ kam die Partei aber schon bei ihrer Geburt auf einen falschen Weg. Sie wollte sich sammeln, was für den Wiederaufbau brauchbar schien; sie wollte alles abstoßen, was sich früher einmal irgendwie innerpolitisch verdrängt hatte, das heißt verdrängt gemacht bei einer kleinen radikalen Gruppe, die bei der Gründung zum Unglück das Heft in die Hand bekam. Man wollte ein Ständeregiment anlegen und ein besonderes Zentimetermaß für einen normalen Demokraten schaffen, dem alles zum Opfer fallen sollte, was unter diesen Umständen nicht paßte. So wurde aus dem Gedanken der Zusammenfassung ein Sprengpulver, das Bürgerium wurde in dem Augenblick, wo es die Feigheit bitter brauchte, auseinandergetrieben, weil ein größerer Teil sich weigerte, die entwürdigenden Bedingungen auf sich zu nehmen, die ihm auferlegt wurden, und deshalb in der Deutschen Volkspartei seine eigenen Wege ging.

Die Entwicklung hat gezeigt, daß das richtig war. Die Demokratische Partei hat die Erwartungen, die auf sie gesetzt wurden, nicht erfüllen können. Sicherlich war es kein angenehmes Geschäft, in solchen Zeiten in der Regierung zu sitzen, aber das Einsparnen in der Regierungswagen ist der Demokratischen Partei zum Verderben geworden. Nicht daß sie mit den Sozialdemokraten dasselbe Brot brach, ist ihr verdrückt worden, das war eine Notwendigkeit - die überlebten Begriffe, als ob die Sozialdemokraten minderwertige Menschen wären, haben wir endgültig über Bord geworfen - aber wie sie mit den Sozialdemokraten arbeitete, daß sie sich von ihnen ins Schlepptau nehmen ließ, daß sie politisch, finanziell und wirtschaftlich Position auf Position aufgab, ohne mehr als vorübergehende Versuche zu machen, das Abzurücken nach links zu verhindern, das ist der geschichtliche Vorwurf, der an ihr hängen bleibt und den sie mit dem Vertrauen so vieler Wähler hat bezahlen müssen.

## Reichskanzler Müller gibt den Auftrag der Kabinettsbildung zurück.

Berufung von Dr. Heinze.  
Berlin, 12. Juni. Wie wir erfahren, hat Reichskanzler Müller den Auftrag zur Kabinettsbildung heute dem Reichspräsidenten zurückgegeben. Präsident Ebert hat nunmehr den Vorsitzenden der Deutschen Volkspartei, Abg. Dr. Heinze, zu einer baldigen Unterredung zu sich gebeten. Dr. Heinze befindet sich 3 J. in Dresden. Samstag nachmittag sind die führenden Mitglieder der Deutschen Volkspartei zusammengetreten, um sich prinzipiell darüber schlüssig zu werden, welche Forderungen die Partei für eine Teilnahme an einer Regierungskoalition aufstellt. Die

endgültige Beschlußfassung bleibe der Vollversammlung der Fraktion, die am Montag stattfinden soll, vorbehalten. Man spricht davon, daß die Partei ganz besondere Bedingungen für die Verantwortlichkeiten stellen wird, die mit der Regierungsführung betraut werden sollen. Die Volkspartei selbst erhebt durchaus nicht den Anspruch auf einen Ministerposten, sondern wünscht in erster Linie die Aufstellung von Fachministern, wobei es nicht ausgeschlossen ist, daß die eine oder andere der Deutschen Volkspartei nahestehende Persönlichkeit in die Regierung eintritt, wenn es verlangt werden sollte, aber gegen Hermann Müller als Reichskanzler oder Minister des Auswärtigen, wie die „B. Z. am Mittag“ schreibt, unbedingten Widerstand leisten würde. Die formulierten Forderungen dürften sich darauf beschränken, die Entpolitisierung des auswärtigen Amtes und der Verwaltungsbeamenschaft zu verlangen. Außerdem wird eine Erweiterung der Rechte des Reichswirtschaftsrates angestrebt. Wie wir weiter hören, hat die Deutsche Demokratische Partei sachlich im allgemeinen gegen diese Forderungen nichts einzuwenden, jedoch machen sich nach wie vor innerhalb der Partei starke Widerstände gegen ein Zusammengehen mit den Volksparteilern geltend.

Dazu bemerkt der „Schw. Merkur“:  
Die Bemerkungen um eine Neubildung der Reichsregierung geben ihren durch die Lage gewiesenen Weg weiter. Daß der bisherige Reichskanzler Müller mit seinem Versuch einer Heranziehung der Unabhängigen scheitern werde, war zu erwarten, mehr noch, es war notwendig. Denn eine Regierung, an der die Unabhängigen hätten teilnehmen können, hätte der Reichstag nach der Wahl vom 6. Juni und hätte das Reich einladend nicht getragen. Ebenso natürlich und notwendig war, daß auf den Kopf der Unabhängigen hin Hermann Müller die Aufgabe der Kabinettsbildung nun in die Hand des Reichspräsidenten zurücklegte. Durch sein unglückseliges „Niemals“ in seiner Münchener Pfingstrede hatte er sich den einzigen, jetzt noch gangbaren Weg, den der Ausdehnung der alten Regierungskoalition nach rechts, zu der deutschen Volkspartei hinüber verband. Es mag dazu gekommen sein, daß Müller wußte, wie wenig politische Wertschätzung er als Verlor auf der anderen Seite von der alten Koalition genöß. Nicht ebenso notwendig war, daß der Reichspräsident nun gleich an einen Führer der Deutschen Volkspartei, an Dr. Heinze, sich wandte. Eine methodische Fortsetzung der Versuche zu einer neuen Regierungsbildung hätte eher darauf hingewiesen, nunmehr einen Mann aus dem Zentrum, der nächststarken Gruppe der alten Koalition, oder auch einen Demokraten (etwa vom Schläge Schiffer) mit der Aufgabe zu betrauen. Wenn der Reichspräsident statt dessen gleich noch weiter rechts griff, so scheint dies darauf zu deuten, daß er nun, nachdem die linksradikale Lösung gescheitert ist, einen ganz entgegengesetzten Versuch sich ebenso totlaufen lassen will. Es ist aber nicht anzunehmen, daß Dr. Heinze ihm den Gefallen tun wird, in dieser Richtung Anstrengungen zu machen, deren Erfolgslosigkeit von vorn herein auf der Hand liegt, in denen, wie schon früher ausgeführt, ein Erfolg gar nicht zu wünschen ist. Auch Dr. Heinze wird, wie alle sachlich ruhig denkenden Politiker, der Ueberzeugung sein, daß eine Regierung ohne die alle Sozialdemokratie zur Zeit im Reich nicht wünschenswert u. nicht vernünftig ist. Ausgeschlossen ist eine solche Mitwirkung der Sozialdemokratie auch nach dem Rücktritt von Hermann Müller nicht. Selbstverständlich wäre sie aber für ein Kabinettsamt unter deutschvölkischer Führung unendlich viel schwerer oder gar nicht zu erreichen, während ein Leiter aus Zentrum oder Demokratie eher Aussicht auf ihre Gewinnung hätte, ohne daß damit zugleich dem Ansehen der Deutschen Volkspartei der Weg verlegt wäre. Die oben mitgeteilten Forderungen der D. Volkspartei würden einen solchen Lösung durchaus gerecht. Wir werden es - hoffentlich - erleben, daß die Dinge im weiteren Verlauf noch diese Bahn einschlagen.

Vorerst wird die Entwicklung nicht so rasch weitererschreiten, weil Dr. Heinze in Dresden weil, also dem Rufe des Reichspräsidenten zu einer Unterredung erst mit einiger Verzögerung Folge leisten kann.

Dresden, 12. Juni. Wie wir hören, hat sich Staatsminister a. D. Dr. Heinze, der Führer der Deutschen Volkspartei, heute abend nach Berlin zurückbegeben, um mit dem Reichspräsidenten zu konferieren. In der Einladung des Reichspräsidenten an Dr. Heinze sind keine näheren Mitteilungen enthalten über Zweck und Ziel der Besprechungen.

## Vorbereitungen für die erste Reichstagsung.

Berlin, 11. Juni. Der Präsident der Nationalversammlung, Fehrenbach, dessen Aufgabe auch die Einberufung der ersten Sitzung des neuen Reichstags ist, ist heute früh in Berlin eingetroffen. Der Tag dieser ersten Sitzung ist noch nicht endgültig bestimmt. Aller Wahrscheinlichkeit nach wird sie am Donnerstag, den 24. Juni, stattfinden. Die Vermehrung der Abgeordneten auf 461 macht auch keine Umbauten im Sitzungssaal erforderlich, die unmittelbar nach Schluß der Reichstagskonferenz in Angriff genommen werden sollen.

dem alten  
en  
die Sirene  
schwellen-  
nterbrech-  
2716  
Diater.  
gold  
gsburg  
tag, Montag  
Theater  
u. abends  
programm  
zur Vor-  
am. Künst-  
Direktion.  
stellung.  
enschaft und  
t. Reptilien.  
schen- und  
der Blöße  
hüter zahlen  
J. pr. Kopf.  
ngen. 2732  
2733  
berg  
Die Nachbar-  
rstand.  
Berein  
d. 2746  
nahme  
glieder  
der Verein  
ds. vom  
reinsgarten.  
erkennen.  
er Ausdrück-  
ische 2719  
en  
Nagold.  
ngen.  
nes 2746  
rad  
erkauf preis-  
M. Warm.  
Ordnung  
obtenst  
n. Dreieckig-  
notm. 8 1/2 U.  
schale, 1/10 U.  
Die Ober-  
wegen Be-  
q der Summ-  
abends 1/8 U.  
im Ver-  
ttesdienst  
ant in Nagold  
1/2 U.



### Die Reichsschulkonferenz.

Berlin, 12. Juni. Auf der Reichsschulkonferenz sprach nach der Begrüßungsrede des Reichsministers des Innern, Dr. Koch, Unterrichtsminister Schulz über Beratsamlung und Zweck der Konferenz. Der Reichsschulrat gab eine Erklärung ab, in der er eine andere Zusammenfassung des Reichsschulrats verlangte und sich gegen Abstimmungen wandte. Es folgten dann die Beratungen über den Bau der Schulklassen, Schulziele und organisatorische Zusammenfassung der Einheitschule, worüber Oberstudienrat Dr. Kerchensteiner-München das einleitende Referat hielt. Er verlangte eine mit dem letzten Jahre beginnende einheitliche Grundschule für alle, bei der nach vier Jahren die erste Gabelung eintritt. Die Differenzierung soll nach Anlage erfolgen. Weiter sprach Professor Lindner, Oberlehrer Dr. Karzen vom Bund einflussreicher Schullehrer, Generalsekretär Lews und Vizidirektor Hoff-Mün. Da sich für die Diskussion 78 Redner gemeldet hatten, wurde durch eine Kommission eine objektive Auswahl darauf getroffen.

### Ein neuer Erzberger-Prozess.

Berlin, 12. Juni. Der Verleumdungsprozess, den der Abg. Erzberger gegen den verantwortlichen Redakteur der „Deutschen Zeitung“, Dr. Buel, angestreift hat und der zunächst im Juni verhandelt werden sollte, soll, wenn nicht irgendwelche Zwischenfälle eintreten, am 9. Juli beginnen. Da für die Führung des Wahrheitsbeweises ein sehr umfangreiches Material eingebracht werden soll, so wird der Prozess sich bis in die Gerichtsstunden hinziehen. Die im Heffersich-Prozess zur Erörterung gelangten Vorgänge dürften zum zweiten Male das Gericht beschäftigen. Dr. Heffersich wird diesmal nicht am Zeugnis teilnehmen.

### Neues von Erzberger.

München, 12. Juni. Der „Bayr. Courrier“ legt seine Enthüllungen über Erzbergerische Pläne fort. Die Idee, im Fürstentum Liechtenstein den Sitz zu errichten, ist danach noch lange nicht die romantischste Erzbergers gewesen. Lange Zeit ist mit Hartnäckigkeit von ihm der Plan der Errichtung eines Königreichs Burg und als Pufferstaat zwischen Frankreich und Deutschland verfolgt worden, um damit für alle Zeiten den Frieden zwischen Deutschland und Frankreich herzustellen. Mit aller Liebe, mit der Erzberger an ihrer eigenen Idee hing, wurde sie von Erzberger lange Zeit betrieben, und es existierten darüber ganze Akten. In Wien, aber auch in Bayreuth, gab es hochgestellte Herrschaften, die für die Sache schwärmten und sie ernst nahmen. Erzberger hatte auch bereits einen Kandidaten aus einem mediocreren Fürstengeschlecht in petto, das in den letzten Kriegsjahren viel genannt wurde.

### Der Koch als Gärtner.

München, 12. Juni. Der in München bestehende, früher dem Reichsschulministerium und jetzt der Reichswehrverwaltung unterstellte Automobilpark von 1000 Kraftfahrzeugen für die Reichswehrangehörigen und Polizeiwachen, die für die gesamte Lebensmittelversorgung der Truppen und Einwohner zu sorgen haben, ist mit familiären Sorgen an Beginn, Summi usw. fast ausschließlich in den Händen sozialistischer Arbeiter. Sie wurden zu den Wahlen durch rote Kontrollmarken gepreßt: Wer nicht wählt, kriegt.

### Beamtenstreik

#### zur Bekämpfung eines sozialdemokratischen Landrats.

Berlin, 12. Juni. Zwischen dem neuen sozialdemokratischen Landrat des Kreises Neustettin, Boffehl, und den Kreisratmitgliedern ist ein Konflikt ausgebrochen. Die Mitglieder des Kreisrats hatten sich schon vor dem Amtsantritt gegen den neuen Landrat ausgesprochen, und seine Abberufung verlangt. Inzwischen hat sich der Konflikt noch verschärft, da in einer am 1. Juni von dem Kreisratsmitglied von Herzberg-Flottin einberufenen Versammlung die Amts-, Guts- und Gemeindevorsteher aufgefordert wurden, ihre Amtspflichten solange ruhen zu lassen, bis der Landrat abberufen sei. In einer öffentlichen Erklärung sagte von Herzberg-Flottin: „Da wir nicht gewillt sind, den kommunikativen Landrat nach sozialdemokratischem Muster mit Gewalt abzusetzen, haben wir den jetzt gelegentlichen Weg des Streiks vorgezogen und werden in diesem verharren, bis die Regierung unsere Forderungen erfüllt oder Herr Boffehl seinen Posten verlassen wird.“ Die sozialdemokratische Presse verlangt schärfste Maßnahmen der Regierung.

### Freie Bahn dem Volkswissen.

Berlin, 12. Juni. Der Reichspräsident hat auf Antrag der preussischen Regierung manuelle die Aufhebung des Ausnahmezustandes im Ruhrgebiet verfügt. Die Verordnung wird voraussichtlich noch heute veröffentlicht werden und als Tag des Aufhebens den 17. Juni 1920 bezeichnen. Die Ablieferung der Waffen wird hierdurch nicht berührt. Ferner hat der Reichspräsident die Aufhebung des Ausnahmezustandes in Schlesien verfügt.

### Eine katholische Internationale.

Basel, 12. Juni. Der „Populo Romano“ meldet aus vatikanischen Kreisen, daß die Bildung einer katholischen Internationale im Gange ist. Der erste Kongress soll in Haag stattfinden. Verhandlungen haben bereits mit Vertretern Frankreichs, Deutschlands, Österreichs, Ungarns, Spaniens und Polens stattgefunden.

### Das Urteil im dritten Münchener Geiselmordprozess.

München, 12. Juni. Das Volksgericht München hat den Mechaniker S. Wallerhausen, der bei der Erschießung der bayerischen Geiseln beteiligt war, zum Tode verurteilt und den Guttmacher F. Ritter aus Baden bei Wien von der Mordanklage freigesprochen, aber wegen Beihilfe zum Mord zum 7 Jahren Zuchthaus und zu zehn Jahren Verlust verurteilt. Ritter ist auch als kommunistischer Kurier nach Ungarn während der Münchener Rätepublik verwendet worden. Nachdem das Urteil des Staatsanwalts auf Todesstrafe bekannt geworden war, hat das Münchener Spartenblatt, die „Neue Zeitung“, zum Generalkriegsgericht gefordert, für den Fall der Bestätigung des Todesurteils. Die Münchener „Ausgangsbürger Abendzeitung“ hat sofort energischen Protest gegen die Einschüchterungsversuche und Angriffe in ein Rechtsverfahren erhoben. Heute nacht hat eine polizeilich genehmigte schwach besetzte Verammlung, revolutionärer Betriebsräte des Generalkriegsgerichts und eine Kommission gewählt, die im Falle des Todesurteils sich mit den Gewerkschaften und den sozialdemokratischen Organisationen an einer Protestversammlung beim Justizministerium beteiligen soll. Das Urteil ist innerhalb 24 Stunden nach Bestätigung durch den Ministerrot zu vollstrecken, der morgen vormittag zu diesem Zweck zusammensteht.

### Ein Bürgerkabinet in Wien.

Wien, 12. Juni. In politischen Kreisen wird angenommen, daß hier eine Art Bürgerkabinet, bestehend im wesentlichen aus der bisherigen Koalition, eingeleitet wird, das unter Ausschaltung von Streitfragen, wie die Verfassung, die Vermögensabgabe, das Budgetprovisorium und den legislativen Rest erledigt, worauf dann die Nationalversammlung ausgerufen wird und im Herbst die Neuwahlen stattfinden.

### Die revolutionäre Gärung in Italien.

Basel, 12. Juni. Der „Secolo“ meldet: In Apulien ist die Revolution ausgebrochen. In Bari haben die Aufständischen die Oberhand gewonnen und der königlichen Garde schwere Verluste zugefügt. Die Aufrechter unterhalten von den Dächern der Stadt aus ein ununterbrochenes Feuer auf die Truppen, die sich vorübergehend zurückgezogen haben. Der Kommandant der königlichen Garde hat an die Aufrechter ein Ultimatum gerichtet, sich zu ergeben, widrigenfalls er die Stadt durch Artillerie beschießen lassen werde.

Ghaffo, 12. Juni. Das Jahr und Büropersonal der Eisenbahnen in der Lombardie ist in den Streik getreten. Aus Mailand ist seit gestern nachmittag kein Zug mehr eingetroffen. Die italienischen Zeitungen lesben.

Ghaffo, 12. Juni. In Triest ist gestern eine Militärrevolte ausgebrochen. Um die Abfahrt von Truppen nach

Albanien zu verhindern, zogen Soldaten und sozialistische Arbeiter durch die Stadt mit Rufen: Nieder mit dem Krieg. Gegen Mitternacht zogen Königsgarden und Carabinieri ein. Truppen von Nationalisten eröffneten das Feuer gegen die sozialistischen und rebellischen Soldaten. Der Kampf dauerte heute nacht 2 Uhr noch fort. Die Rebellen haben sich im Stadtzentrum verschanzt. Nach dem „Secolo“ gab es viele Tote und Verwundete.

### Die beleidigten Senegalneger.

London, 11. Juni. Vom französischen Kriegsgericht wurden wegen Abdruck eines Artikels über die schwarzen Besatzungstruppen, in dem die französischen Behörden eine Verteidigung erblühten, der Verleger des „Nordpöbler Tagesblatt“ in Rodenhäusen zu 10 000 M. Geldstrafe, der Redakteur dieser Zeitung zu 6000 M. Geldstrafe, der Verleger des „Rheinbohrer Anzeigers“ zu einem Monat Gefängnis und 10 000 M. Geldstrafe, der Verleger des „Kaiser Tagesblatt“ zu 8000 M. Geldstrafe und der Verleger des „Völkerrufers“ in Oberheim am Glan zu 1000 M. Geldstrafe verurteilt.

### Albanisch-italienische Schirmzüge.

Berlin, 12. Juni. Nach einer Meldung des „BVA“ aus Frankfurt-Rain berichtet die „Neue Zürcher Ztg.“, daß in Brindisi einetwischen Reisende mitbrachten, 15 000 Albanen hätten die Brücke über die Dufra bei Durati angegriffen und einige italienische Posten gefangen genommen.

### Die russisch-italienischen Friedensbedingungen.

Kopenhagen, 12. Juni. Der Korrespondent der „Berlingske Tidende“ in Romo berichtet, daß der aus Moskau nach Romo zurückgekehrte Teil der italienischen Friedensabordnung demüßigt sich wieder nach Moskau zurückgeben wird, um die Friedensverhandlungen fortzusetzen. Um bei der ferneren Entwicklung der polnisch-russischen Kämpfe gegen jede ernste Heberaldung geschützt zu sein, hat die italienische Regierung die Mobilisierung des italienischen Heeres angeordnet.

### Die polnische Offensive an der Berezina.

Kopenhagen, 12. Juni. Nach einem Telegramm aus Warschau sagt der polnische Generalkonsul: Zwischen der Duna und der oberen Berezina hat die polnische Gegenoffensive in schweren Kämpfen den Widerstand des Feindes gebrochen. Es ist zu einer Ausgleitung der Front gekommen, so daß die Kämpfe jetzt wieder in dem Gebiet stattfinden, von dem die bolschewistische Offensive ihren Ausgangspunkt genommen hatte. In den letzten Kämpfen hat der Feind bedeutende Verluste erlitten. Beim Rückzug von Kiew jenseits des Dnjeper haben polnische Abteilungen die dort versammelten Streitkräfte aufeinandergepreßt. Ukrainische Abteilungen haben die Stadt Hman besetzt.

### Ein norwegisch-russischer Zwischenfall.

Kopenhagen, 12. Juni. Die „Berlingske Tidende“ aus Christiania meldet, daß der Norweger Kolob auf der Reise von Rjukan nach Norwegen von den Bolschewisten verhaftet worden. Kolob waren von dem norwegischen Konsul in Rjukan einige Briefe zur Wahrung nach Norwegen übergeben worden. In Rjukan sind Gerüchte verbreitet, daß auch der norwegische Konsul in Rjukan verhaftet sein soll. Das norwegische Ministerium des Auswärtigen hat ein Telegramm erhalten, in dem die Verhaftung Kolobs bestätigt und hinzugefügt wird, daß man bei Kolob schriftliche Mitteilungen antibolschewistischen Inhalts gefunden habe. Dies sei die Ursache seiner Verhaftung gewesen.

### Württembergische Politik.

#### Weitere württ. Reichstagsabgeordnete.

Stuttgart. Wie schon berichtet, ist auf die Reichsliste der Deutschen demokratischen Partei auch ein Mandat an Kultminister Dr. Heber zugefallen. Ein weiteres erhielt der frühere Abgeordnete Syndikus Reinath-Berlin, der frühere württ. Nationalabgeordnete. Auf die Reichsliste der Sozialdemokraten entfiel ein weiteres württ. Mandat, das den Reichsarbeitsminister Schilde-Stuttgart trifft.

## Der Triumph des Lebens.

Roman von Lola Stein.

443 (Nachdruck verboten.)  
Über die Tatsache, daß Irene Helmut's Frau war, geworden war durch brutale Exzesse und Drohung, war nicht aus der Welt zu schaffen. Und diese Wahrheit hielt die junge Frau immer wieder von ihrem Gatten zurück, wenn sie manchmal den Vorstoß sah, sich ihm innerlich mehr zu nähern. Sie konnte es nicht. Sie konnte nicht vergehen und nicht versöhnen, was er ihr damals angetan.

Als der erste Raub der Leidenschaft bei Helmut Römer verflohen war, gestaltete sich die Ehe so, wie Irene und auch Walter sie in früheren Jahren prophezeit. Helmut lebte zu seinem alten Leben, zu den Freuden seiner Junggefellenszeit zurück.

Er liebte Irene. Sie war und sie blieb für ihn die Schönheit und Beste, aber auf die Dauer genügte ihm das Zusammensein mit einer Frau nicht. Und er war das tolle, lustige und ausschweifende Leben seiner Junggefellenszeit zu sehr gewohnt, um sich auf immer zu entlagern.

Andere Frauen fesselten seine leicht entzündliche Phantasie, seine Sinne. Die Schönheit, die ihm nach Irene jahrelang im Blute gebrannt, war durch ihren Besitz gestillt, nun der Krankheit, die die Liebe zu ihr für ihn gewesen, war er jetzt geneigt.

Er meinte, daß sein Märiten mit anderen Frauen, daß alle Versuchungen, die er ohne Irene genok, nichts mit seinem Gefühl für sie zu tun hätten, daß sie seiner Liebe nichts schaden. Und immer auf neue lebte er, wenn er ihr einige Zeit innerlich fern gewesen, wenn er sie vernachlässigt hatte, zu ihr zurück, wieder von ihr entflammt, von ihrer Schönheit, ihrem Reiz bezaubert.

Sie machte ihm niemals Vorwürfe. Sie ließ ihm gewähren. Sie kannte seine Natur, es überraschte sie nicht, daß er ihr nicht treu war, in seiner Welt treu. Daß er sie betrog mit anderen Frauen, besog in vielen

kleineren und größeren Dingen, daß er ihr nie Rechenschaft gab über sein wirkliches Leben.

Sie lebte an seiner Seite, aber innerlich trennten sie Welten von ihm. Und da es sie nicht reizte, ihn dauernd an sich zu fesseln, so ließ sie ihn schweifen, wohin er wollte, so ließ sie ihn sein Dasein leben, wie sie das ihre lebte, das nur auf Innerlichkeit gegründet war. Sie war sehr einsam in diesen Jahren, sehr, sehr allein. Denn Gesellschaft gab ihr nichts. Sie mußte ein gaskliches Haus führen, weil ihr Vater es verlangte, sie kam mit vielen Menschen zusammen, schloß unheimliche Freundschaften, innerlich band sie nichts an alle diese Leute. Vielleicht ging sie mit einem Vorurteil an sie alle heran. Vielleicht lag es an ihr, daß sie so feilsch so einsam blieb, weil sie sich niemals mehr Mühe gab, zu suchen. Sie meinte, daß fremde Menschen ihr nichts mehr geben könnten und daß ihr Leben beschlossen sei in ihrer Resignation. Und vergab dabei ihre Jugend, die sich nicht auf ewig unterdrücken lassen würde.

Ihre Welt war die Kunst, gute Bücher, Bilder, Musik. Musik vor allem. Sie sah hundenslang täglich am Flügel, sie ließ ihre Stimme ausbilden. Helmut war stolz auf seine begabte Frau. Er liebte es, mit ihrer Schönheit, mit ihrer Begabung zu prunken. Auch das war Irene verlobt, aber sie ließ es über sich ergehen wie vieles andere.

Nur einmal war sie heftig geworden und hatte versucht, ihren Willen durchzusetzen. Das war vor einem Jahr gewesen, als Helmut Römer der glänzenden Auftrag des Kommerzienrats Grumbarger nach Berlin brief. Irene weigerte sich, nach der Hauptstadt zu ziehen. Aber Helmut, dem zwar München viel gegeben, dem aber in den ganzen Jahren die Sehnsucht nach seinem geliebten Berlin im Blute gebrannt, wollte den wahrhaft glänzenden Auftrag nicht aufschlagen. Es kam zu heftigen Szenen zwischen dem Ehepaar. Bis sein harter Wille siegte. Irene mußte sich wieder einmal.

Als sie dann in Berlin lebte, in der reizenden Reimen Grumbargerstraße, die Helmut gemietet und entzündend eingerichtet hatte, schwand allmählich die herrliche Unruhe,

mit der sie die Stadt wieder betreten, in der sich ihr Wesen erfüllt.

Die Freude, dem ehemals, ach dem noch immer geliebten Manne hier wieder zu begegnen, hatte sie ruhelos gemacht. Nun wurde sie stiller. Berlin war groß, Irene ging wenig aus und ihre gesellschaftlichen Kreise würden zu nicht die seinigen sein. Über ein leises, leises Wangen blieb in ihr zurück, qualte und ängstigte sie oft.

Die Weltigkeit, die Römers in Berlin pflegten, entwickelte sich hier als in München. Helmut Römer kam hier in Mode. Man rief sich um ihn. Auch seine geschäftlichen Chancen fanden glänzend. Er verdiente große Summen, die dem leichtsinnigen und verschwenderischen Mann durch die Finger rannen. Niemals besah er etwas, trotzdem er sich in den letzten Jahren bei mäßiger Lebensführung schon ein kleines Vermögen hätte erwerben können. Aber auch in diesem Punkt erreichte Irene nichts bei ihrem Mann. Er warf das Geld mit vollen Händen um sich, er machte Schulden, wenn er nicht auskam, ohne die geringsten Skrupel, lachte über ihr Unleben, lebte fest in Sauf und Braus und warf unbezahlte Rechnungen und Mahnungen gleichgültig beiseite.

Diese Unordnung in ihrer wirtschaftlichen Lebensführung war Irene schrecklich. Aber wenn sie ihm Vorwürfe darüber machte, nannte er sie kleinlich, eine Spitzbürgerin, einen Geizhals. Und sie merkte immer wieder, sie änderte ihn nicht. Aber die Verickwendung auf der einen Seite und manchmal die direkte Geizhalsigkeit und die Unmöglichkeit, wirklich notwendige Sachen zu bezahlen, ängstigte sie oft und erschwerte ihr das Leben.

Nun lag der leise Hauch von Melancholie, der sie in der ersten Zeit, als sie im Volkmerischen Hause lebte, so rührend gemacht, ständig über ihrem Wesen. Er wachte zu ihr, gehörte zu ihrer Schönheit. Man las in den wunderbaren Augen dieser Frau, daß sie innerlich einsam war, ganz, ganz allein.

Mit einem müden Seufzer verließ Irene den Brief. Armer Walter, armer Bruder! Auch er schleppte sein verpöhtes Leben dahin, verpöht durch eigene Schuld. (Fortsetzung folgt.)



# Aus Stadt und Bezirk.

Regeld, den 14. Juni 1920.

Bei der in der Zeit vom 4. Mai bis 2. Juni vorgenommenen Prüfung für den mittleren Finanzdienst sind u. a. die Kandidaten Waldbell Wilhelm von Bölingen und Werner Ernst von Liebenzell für befähigt erkannt worden und hiermit in das Verhältnis von Finanzpraktikanten eingetretten.

Das Reichsverkehrsministerium, Zweigstelle Württemberg, hat dem Eisenbahnbetriebsrat Schurr in Untertürkheim die Stelle eines Oberbahnspektors (Expeditors) bei der Betriebsinspektion Calw übertragen.

**Breiserhöhung für Hufeisen.** Die Hufeisenverteilung hat den Preis um 50 M auf 600 M pro 100 kg ermäßigt.

**Die Viehpreise werden noch teurer.** Der Verband der Fleischfabrikanten in Nürnberg hat den Leberungszuschlag für alle Fleischsorten auf 650 Prozent erhöht.

**Sägen und Maschinenmesser.** In der Sitzung der Ausschuss- und Lenkungsmission des Deutschen Säge- und Maschinenverbands ist mit Rücksicht auf die Veränderungen auf dem Weltmarkt beschlossen worden, die Auslandszuschläge mit dem 1. Juni 1920 fallen zu lassen. Für sämtliche Auslandszuschläge kommen nunmehr die Inlandszuschläge in Anwendung mit der Bestimmung, daß ausländischen Käufern bestimmte Rabatte gewährt werden können.

**Ein Schwammerljahr.** Ein ergiebiger Schwammerljahr soll uns bevorstehen. Schon jetzt gibt es sehr viele schädel Steinpilze, Bäretagen, Ferkelstämme.

**Schwankungen des Marktkurses.** Die deutsche Marktnotiz gegenüber der des Vorkriegs 13-14 J. Nach Schweizer Blättermeldungen sind die Schwankungen des Marktkurses auf einen Kampf zwischen englischen und französischen Finanzen zurückzuführen. Während die amerikanischen Finanzen mit großer Energie daran arbeiten, den Kurs der Markt europäisch zu machen, wird ihnen die Unterstützung an den Schweizer wie an den holländischen Börsen durch Emisssionen französischer und englischer Banken entgegengebracht. Aus dieser Spannung ist auch der zuletzt erfolgte Rückschlag in der Anleihebewegung des Marktkurses zurückzuführen. Trotzdem verläutet in Schweizer Finanzen, daß die Amerikaner entschlossen sind, den Marktkurs auch weiter zu unterstützen, und es wird sogar behauptet, daß sie die bestimmte Absicht haben, den Kurs der Markt auf den Schweizer Pfählen noch im Laufe dieses Jahres auf 30 bis 35 Centimes zu bringen.

**Der große Rohstoffmangel in der Textilindustrie** veranlaßt die Fäch- und Hausbauindustrie in Schwab. Gemünd, den Landwirten die Ablieferung insofern zu erleichtern, als diese jetzt den Ankauf von Flach und Hanf mit gleichzeitiger Abgabe von fertigen Webwaren vornehmen läßt. Die Landwirte haben dadurch Gelegenheit, schnell und auf billige und bequeme Art in den Besitz von Webwaren zu kommen. Keine Ausnahme, Deich u. i. w. wird zum Preise von 12.- bis 14.- für 1 Meter an Landwirte, welche Flach oder Hanf abliefern, abgegeben. Die Abnehmer können sich jederzeit bei den betreffenden Kaufleuten von der Güte der Webwaren überzeugen, auch wird von denselben jede gewünschte Auskunft gerne erteilt.

**Warnung vor dem Zugang in den mittleren Verwaltungsdienst.** Man schreibt uns: Der Zugang zum mittleren Verwaltungsdienst war in den letzten Jahren so stark, daß bestimmt bald mit einer erheblichen Dienstlosigkeit zu rechnen ist. Um einem unrentablen Berufswechsel und sonstigen Entschuldigungen vorzubeugen, stellt der Verein der Verwaltungsbeamten den Kollegen, Lehrer usw. das folgende Ersuchen, bis auf weiteres von dem Eintritt in das Verwaltungsdienst dringend abzuraten.

**Bilgere Fische?** Seit Pfingsten macht sich, wie der wirtschaftliche Verband der deutschen Hochseefischerzeitung schreibt, ein außerordentliches Nachlassen der Nachfrage nach Fischen im Binnenland bemerkbar. Deshalb war der Fischereiverband gebildet an der Küste nicht mehr in der Lage, alle angebrachten Fische bei der Bestellung zu den festgesetzten Preisen anzunehmen. Der Verband sah sich daher genötigt, die freie Fischereiverwaltung einzuführen, um die Preise vor dem Verderben zu bewahren. Die Preissteigerungspreise sind aber infolge der geringen Nachfrage bedeutend niedriger, als es die Preissteigerungspreise waren.

**Das billige Berlin.** In den Berliner Blättern werden angeboten: das Hund Rischen 180 M, das Hund italienische Kartoffeln 85 J, das Hund Spinat 55 J, das Hund Kohlrabi 70 J, das Hund italienische Zwiebeln 1.10 M, Feigen 3 Mark, große Ballerlinge 95 J, grüne Gurken 2.10 M, Salat: 3 Kopf 50 J, Hironen 35 J usw. — In Stuttgart aber werden Salat der Kopf noch mit 50 J, Zitronen mit 70 J, Gurken mit 3-4 M, Serringe mit 2-3 M bezahlt.

**Altenheim, 14. Juni.** In der Gemeinderatssitzung vom letzten Mittwoch wurde auf Antrag von Gemeinderat Walz beschlossen, den Stadt- Angestellten für die Zeit vom 1. Januar bis 31. März 1920 einen Zuschlag von 800.- auszugeben und vom 1. April bis zur endgültigen Beförderungsregelung eine Lohnerhöhung von 50 Prozent auf die bisherigen Bezüge, in einzelnen wenigen Fällen 25 Prozent zu gewähren. — Dem Schulmann Gengenbach wurde der Titel Volksschullehrer verliehen.

**Ettmannswiler, 13. Juni.** Schulbeih Müller wurde mit 77 von 90 abgegebenen Stimmen wiedergewählt. Dieses schöne Wahlergebnis zeigt, daß die Gemeinde mit der Geschäftsführung ihres Ortsvorstehers auch unter den gegenwärtigen schwierigen Verhältnissen in jeder Richtung zufrieden war.

## Aus dem übrigen Württemberg.

**Freudenstadt, 12. Juni.** Staatspräsident Bloß hat am Freitag dem früheren Reichswehrminister Nolke einen Gegenbesuch abgestattet. Auch der badische Staatspräsident Geiß soll zu einer politischen Aussprache hierher kommen.

**Freudenstadt, 11. Juni.** Fritz Schmid, Bürgermeister von hier, verkaufte sein an der Alfeldstraße gelegenes Wohnhaus nebst Bäckerei und Inventar an Christian Bühner, Bäder von Wittendorf, um den Preis von 54.000.-. — Der Abschluß erfolgte durch das Immobilien- und Hypothekengeschäft Albert Preßburger in Gorb. a. N.

**Don der Eng, 11. Juni.** In Brödingen bei Bopfingen hat sich ein 49 Jahre alter lediger Tagelöhner dadurch

das Leben genommen, daß er eine Handgranate entzündete und sich von dieser zerschellen ließ. Der Mann war schwer verwundet.

**Rottenburg, 12. Juni.** Hier sind gegen 20 Personen an Fleischovergiftung erkrankt. Die behördliche Untersuchung des Falles ist in die Wege geleitet. Die Erkrankungen erfolgten im Anschluß an eine Hochzeit u. sind zum Teil ernster Natur.

**Horb, 14. Juni.** Eine Verhaftung im Zusammenhang mit der Verfolgung des Oeschebronner Raubmörders ist gestern von der Horber Landjägersmannschaft vorgenommen worden. Es hat sich aber bereits ergeben, daß eine Beteiligung des Festgenommenen, dem jedoch noch andere Straftaten zur Last gelegt werden, an dem Oeschebronner Raubmord ausgeschlossen ist. Die Polizei entwickelt in allen Oberämtern der Umgebung eine fleißige Tätigkeit, um des oder der Mörder habhaft zu werden.

**Vom Oberland, 12. Juni.** Stark beunruhigt wird die ganze Bevölkerung durch die abnorme Erhöhung der Fleischpreise und in jedenfalls auch nicht allzulerner Zeit auch der Milch. Und doch klingt das Echo des Rufes „Abbauen“ von allen Himmelsrichtungen gegenwärtig härter und lauter als je, nicht nur aus Verbraucher- sondern auch aus Produzentenkreisen, nicht mit Unrecht. Wenn die Reichsregierung die Fleischpreise weiter um etwa 100 M der Tonne Lebensgewicht erhöht, so liefert sie den Landwirten keinen allzu großen Dienst und zäumt das Pferd am Schwanz auf! Infolge der ungenügenden Zahl von Viehstücken, gerade unter untern württembergischen Viehbeständen, sind unsere Landwirte überhaupt nicht mehr in der Lage, Schlachtwie abzuliefern, mag der Preis dafür in die Höhe klettern wie er will. Es wäre besser und unseren Landwirten willkommen, wenn die Regierung ihnen finanziell kräftig unter die Arme greifen würde, damit der durch die Maul- und Klauenseuche so schwer bedingte Viehstand wieder auf seine alte Höhe gebracht werden könnte, denn des echten Bauern Freude ist und bleibt doch sein Stall. Dann könnten die Landwirte wieder mehr Fleisch und Milch produzieren und wären sicher auch ohne diese Erhöhungen zufriedener.

**Urach, 12. Juni.** Die Jahrhundertfeier des evangelisch-theologischen Seminars, die infolge der politischen und wirtschaftlichen Verhältnisse seit Herbst 1918 verschoben werden mußte, soll nunmehr dem Vernehmen nach am 20. und 21. Juli stattfinden.

**Stuttgart, 12. Juni.** Vom 5. bis 7. Juni hielt der Reichsbund der Kriegsbefehlshaber, Kriegsteilnehmer und Kriegshinterbliebenen, Gau Württemberg, seinen 3. Gantag hier ab. Vertreter waren auch die Regierung, die Behörden und die benachteiligten Krieger. Der Bund zählt in 700 Ortsgruppen über 54.000 Mitglieder, darunter 26.522 Kriegsbefehlshaber, 3800 Kriegsgefangene, zahlreiche Kriegsteilnehmer und Offiziere. Drei eingehende Berichte über soziale Fürsorge von Dr. Böhl, über Siedlungsfragen von Baron Wagemann, und über das Rentenverordnungsverfahren vom Regierungsrat Hofmann führten zu einer ausgedehnten Aussprache. Zum Vorsitzenden wurde Paul Wagner-Freudenberg gewählt.

**Stuttgart, 12. Juni.** In einer sozialdemokratischen Versammlung im Volkssaal hat eine unabhängige-kommunistische Opposition bei einem Rabau Mäher zerbrochen und Schultheine erklärt, letztere wolle zur Führung des „geistigen Kampfes“. Nun ist dem Sozialdemokratischen Verein Stuttgart dafür eine Rechnung über 218.50 M zugegangen. Bezeichnend ist, daß alle Schultheine schliefen. Man hatte sie mitgenommen, um den Kampf eventuell auf der Straße fortziehen zu können.

**Stuttgart, 12. Juni.** Für alle Personen, die mit kaufmännischen oder technischen Diensten oder mit Schreibe-, Rechen- oder ähnlichen Arbeiten beschäftigt werden, gilt die achtstündige Arbeitszeit. Die Aufsicht über die Durchführung ist neben den ordentlichen Polizeibehörden den Gewerbeinspektoren übertragen worden. Das Gewerbeaufsichtsamts hat zu diesem Zweck besondere Beamte (Handelsaufsichtsbearbeiter) angestellt. Sie überwachen auch die Bestimmungen des Betriebsvertrages und die sonstigen Arbeitsverhältnisse der Angestellten. Die Revisionen in den Handelsbetrieben haben bereits eingesetzt.

**Stuttgart, 14. Juni.** In den letzten Tagen hat sich in Stuttgart der Württembergische Staatsrechtlerverband zur Vertretung der Interessen aller Staatsrechtler in Württemberg gegründet. Dem Verband gehören folgende Organisationen an: Verein höherer geistlicher technischer Staatsbeamter, Verein der mittleren technischen Eisenbahnbeamten, Landesfachgruppe der Geometer der staatlichen Finanzverwaltung, Landesfachgruppe der Geometer der staatlichen Verwaltung des Innern, Landesfachgruppe der Geometer der staatlichen Eisenbahnverwaltung, Verein der Bauamtsvermesser und Bauvermesser der Finanzverwaltung, Vereinigung der mittleren technischen Beamten im Ministerium des Innern, Vereinigung der technischen Assistenten im Staatsdienst, Vereinigung der staatlichen Eisenbahnbeamten Württembergs, Verein der Kulturmeister und Kulturbauführer Württembergs, Verein der Anthropologen im württembergischen Staatsdienst. Der neu gegründete Verband wird der vor kurzem in Halle gegründeten Reichsarbeitsgemeinschaft technischer Beamtenverbände beitreten. Die Geschäftsstelle befindet sich vorläufig: Stuttgart, Königsstr. 31b.

**Stuttgart, 12. Juni.** Die hiesigen Obsthändler besprachen in einer Versammlung Maßnahmen gegen die Preistreiberei bei Äpfeln. Es wurde beschlossen, der Bevölkerung Äpfeln zu einem anständigen Preis anzubieten. Eine Kommission zur Preiskontrolle wurde eingesetzt. Für schöne schwarze Eimackfrüchte sollen vorläufig 1 M für Schefen höchstens 90 J verlangt werden. Voraussetzung dafür ist, daß der Erzeugerpreis mit 70-80 J, wie ihn eine Äpfelbauernversammlung in Strampflebach festgesetzt hat, aufrecht erhalten wird. Dieses Vorgehen der Händlervereinigung verdient Nachahmung.

**Heilbronn, 11. Juni.** In Bödingen wurde bei der Wahl in einem Umflog ein Fettel abgegeben mit folgenden Reimen: „Ich wähl nicht rot und wähl nicht schwarz, es ist doch alles für die Rag. Da wähl ich doch viel lieber den allergrößten Schieber.“ Angefügt war der Name eines bekannten Bödingener Schiebers. — Kommt da ferner ein biederer einfacher Heilbronner Bürger ins Wahllokal. „Ich wähl auf glei für mei' Frau wähl, dui lüch ens Rendebell komma.“

— Das geht nicht, wenn ihre Frau nicht ins Wahllokal gebracht werden kann, dann muß sie eben darauf verzichten, zu wählen. — Voller Wut schreit der Wittwatsche: „No wähl i an nett“, sprach und verläßt das Wahllokal, ohne gewählt zu haben.

**Welsheim, 10. Juni.** Wie berichtet, sind dem Landwirt Karl Bauer in Schabberg zwei Pferde samt Geschirre aus dem Stall gestohlen worden. Der Täter hat sich in der Gegend von Rorb seiner Festnahme durch einen Landjäger heftig widersetzt, so daß dieser von seiner Stroh- und Schusswaffe Gebrauch machen mußte. Trotzdem gelang es dem Dieb zu entkommen, doch ließ er die Pferde im Stich.

## Festgenommene Raubmörder.

**Stuttgart, 13. Juni.** Der am Freitag, den 11. Juni 1920, an der 75 Jahre alten Bauersehefrau Dorothea Harz, geborene Hämmerle, in Oeschebron u. M. Herrenberg, verübte Raubmord, dessen Beerdigung durch die Kriminalabteilung des Landespolizeiamts sofort aufgenommen und nachdrücklich betrieben wurde, hat schon Tags darauf zur Ermittlung der Täter geführt. Diese, die 21 Jahre alten Hilfsarbeiter Karl Oster und Adolf Grünwald von Stammheim, haben den Plan von langem Hand vorbereitet, sich ihres beträchtlichen Raubes jedoch nicht lange erfreuen können. Grünwald der schon an Tage nach der Mordtat in Stammheim festgenommen wurde, hatte das geraubte Geld noch größtenteils im Besitz und war der Tat beteiligt. Sein Kamerad Oster, der sich seiner Festnahme zunächst durch die Flucht entzogen hatte, wurde durch die Beamten der Landespolizei gestern Abend noch in einem Kornacker bei Stammheim gefasst, hat sich aber seiner Festnahme im letzten Augenblick dadurch entzogen, daß er mit einer mitgeführten Armeepistole seinem Leben ein Ende setzte.

## Der neue württ. Landeskommandant.

**Stuttgart, 12. Juni.** Kürzlich wurde an Stelle des nach dem Osten bezuzenen Generals von Haas ein neuer württ. Landeskommandant ernannt. Generalmajor Radisch wird aber die Führung der Reichswehrbrigade 13 (Stuttgart) Ende Juli wieder abgeben. Der bisherige Chef der Heeresleitung im Reichswehrministerium, der letzte preuß. Kriegsminister, der württ. Generalmajor Reinhardt, ist zum Befehlshaber des Wehrkreiskommandos V und gleichzeitig zum württ. Landeskommandanten ernannt worden. Man wird im ganzen Schwabenland diese Wahl freudig begrüßen.

## Landesversammlung des württ. Krankenkassenverbands.

**Stuttgart, 11. Juni.** Ueber 300 Vertreter des württ. Krankenkassenverbands trafen am Freitag im Bürgermuseum hier zu einer außerordentlichen Landesversammlung zusammen, um den württ. Landes-Vertrag zu beraten. In ganz Deutschland besteht bekanntlich zwischen den Krankenkassen und Ärzten der sog. vertraglose Zustand. Eine Ausnahme bilden lediglich Württemberg und die Reichshauptstadt Berlin. Die württ. Ärzte haben sich mit einer Mehrheit von nur drei Stimmen gegen die Einführung eines vertraglosen Zustandes ausgesprochen und billigten eine schließlich-friedliche Regelung des Verhältnisses zwischen den Krankenkassen und den Ärzten. Die Tagung der Krankenkassen wurde von Kommerzienrat Lauer mit Begrüßungsworten an die Vertreter der staatlichen Behörden, die Vertreter der auswürttembergischen Verbände und der württ. Krankenkassen eröffnet. Direktor Bauer erstattete sodann Bericht über einen württ. Landesarztvertrag, der die ärztliche Behandlung von Krankenkassenmitgliedern und deren Angehörigen regelt. Der Vertrag wurde abgeschlossen zwischen dem Ehlinger Delegiertenverband (Württ. Ärztevereine) einerseits und der Arbeitsgemeinschaft der württ. Krankenkassenverbände (Württ. Krankenkassenverband Stuttgart, Vereinigung württ. Betriebskrankenkassen und Verband der Betriebskrankenkassen der württ. Verkehrsanstalten, Krankenkassen-wohlfahrtsverband haben den Vertrag am 25. Mai unterzeichnet. Im wesentlichen besagt der Vertrag: Jedes Mitglied der Ärztevereine des Ehlinger Delegiertenverbandes ist zur Ausübung der Kassenpraxis berechtigt und verpflichtet. Die Mitglieder haben unter den Kassenärzten freie Wahl. Dem Kassenarzt ist es aber freigestellt, die Behandlung eines Kassenmitglieds abzulehnen, wenn er bereits stark in Anspruch genommen ist oder ein anderer dienstverpflichteter Arzt näher wohnt. In allen Krankenhäusern, in denen die freie Wahl des Arztes besteht, erfolgt die Bezahlung des Arztes nach den Sätzen des Vertrags. Eine sparsame Verrechnungswiese der Arztemittel ist vorgeschrieben. Die Entlohnung der Ärzte erfolgt nach Einzelleistungen. Für jeden ersten Besuch zahlt die Kasse 6 M, für den zweiten u. dritten 4 M, Nachleistungen und sofort verlangte Besuche werden besonders berechnet. Außerdem werden ausreichende Begehälter gewährt. Für größere Orte wird eine Ortsauszahlung unter die einzelnen Ärzte verlangt. Die Verrechnung der Arztemittel geschieht durch eine Rechnungsstelle beim Delegiertenverband. Als tägliche Höchstleistung für ärztliche Sprechstunden sind in Stuttgart, Ulm und Heilbronn 50, für Gemeinden über 20.000 Einwohner 45 u. in anderen Orten 40 Behandlungen festgesetzt worden. Der Vertrag gilt rückwirkend vom 1. April ab auf 5 Jahre. Direktor Bauer betonte noch, daß die Kassen nun mit Recht verlangen können, daß die Ärzte künftig einen Unterschied zwischen Privat- u. Kassenkranken nicht mehr machen. Der Vertrag bedeutet einen Markstein in der Entwicklung des Krankenkassenwesens. In der weitstündigen Aussprache wünschten namentlich die Vertreter der ländlichen Krankenkassen eine Entlohnung der Ärzte durch Gewährung eines Rabatts für die Landbesuche. Die Gleichmächerei wurde scharf gerügt. Da man den vorgelegten Vertrag nur annehmen oder verwerfen konnte, was dann den vertraglosen Zustand herbeiführt hätte, verzichtete der Vertreter Riedlingen den Landarztvertrag mit dem Besonderen Friedensvertrag. Für die Krankenkassen entfiel eine 6-8-fache Belastung gegenüber den Friedensverhältnissen. Der Direktor der Bopfingener Krankenkasse schilderte den verhängnisvollen Zustand, der in Baden herrscht und empfahl dringend die Annahme des Vertrags. Bei der Abstimmung wurde der Landesarztvertrag mit einer starken Mehrheit angenommen. Ebenso fand ein Besoldungsstarif der Kassenangehörigen Annahme, der die Einkommensverhältnisse der Kassenbeamten in ähnlicher Weise wie bei den Staatsbeamten regelt. Zum Schluß wurde noch eine Regelung der Verbandsbeiträge vorgenommen. Die finanzielle Lage der Krankenkassen wurde als überaus ernst bezeichnet.

